

Raina Zimmering

Monroe-Doktrin und Ukraine-Krieg Zur Haltung der lateinamerikanischen Staaten

Keywords: Ukraine, war, Latin America, Monroe Doctrine, imperialism, postcolonialism, Russia, China, Pink Wave, sanctions

Schlagwörter: Ukraine, Krieg, Lateinamerika, Monroe-Doktrin, Imperialismus, Postkolonialismus, Russland, China, Rosa Welle, Sanktionen

Die lateinamerikanischen Staaten haben bisher im Ukraine-Krieg eine weitgehend übereinstimmende Position vertreten. Ziel dieses Beitrags ist es, zu zeigen, dass diese Position als Reaktion auf die Monroe-Doktrin der USA, als neuer Antiimperialismus und als Streben nach eigener globaler Gestaltungsmacht in den internationalen Beziehungen im Sinne eines „Active Non-Alignment“ (Aguirre 2023) und einer „kollektiven Hegemonie“ (Ferguson 2022) verstanden werden kann. Die Monroe-Doktrin stellt für die lateinamerikanischen Staaten ein tradiertes Trauma dar, das ihre Haltung zum Ukraine-Krieg, bei dem sie sich sowohl von Russland als auch von den westlichen Staaten abgrenzen, tiefgehend beeinflusst. Einerseits stehen alle lateinamerikanischen Staaten der kriegerischen Intervention Russlands in der Ukraine kritisch gegenüber, andererseits vertreten sie in der Frage der Sanktionen, der Verursacher- und Schuldfrage und der Beendigungsszenarien des Krieges eigenständige, vom „Westen“ divergierende Positionen. Im folgenden Artikel möchte ich die Frage aufgreifen, wie die Erfahrungen Lateinamerikas mit der Monroe-Doktrin, auf deren Grundlage die staatliche Souveränität und Integrität der lateinamerikanischen Länder durch die USA mehrfach verletzt wurde, das gegenwärtige außenpolitische Handeln in Lateinamerika beeinflusst. Ich stütze mich dabei auf folgende Punkte: die Bedeutung der Monroe-Doktrin der USA für Lateinamerika, die historische Entwicklung der Monroe-Doktrin im Zusammenhang mit dem lateinamerikanischen und Weltkontext, die Position der lateinamerikanischen Staaten im Spannungsverhältnis der Globalmächte, die Auswirkungen auf die Haltung Lateinamerikas zum Ukraine-Krieg und die Entstehung eines globalpolitischen Gewichts Lateinamerikas im internationalen System. Theoretisch

knüpfe ich an imperialismustheoretische Ansätze an und versuche die Frage zu beantworten, in welchem Verhältnis Imperialismus und Hegemonie einerseits und Unabhängigkeits- und Gestaltungswillen in Lateinamerika andererseits zueinander stehen und worin sie sich manifestieren. Ich betrachte Lateinamerika meistens, aber nicht immer, als Einheit, da sich die Positionen der Mehrheit der Regierungen in der behandelten Fragestellung überwiegend decken. Außerdem ist Regierungshandeln Gegenstand meiner Untersuchung; Recherchen zu den Positionen von sozialen Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und der Zivilgesellschaft waren mir leider nicht möglich.

Die Bedeutung der Monroe-Doktrin

US-Präsident James Monroe hielt 1823 eine Rede an die Nation, in der er die Grundzüge der Außenpolitik der jungen USA vorstellte. Monroe forderte in Reaktion auf europäische Interventionen in Amerika ein Ende der kolonialen und nekolonialen Ambitionen gegenüber dem Kontinent und eine Politik der Nichteinmischung außeramerikanischer Mächte. Falls die proklamierten Grundsätze verletzt werden sollten, drohte Monroe mit einem Eingreifen der USA. Der „Zwei-Sphären-Ansatz“ (Europa gegen Amerika, „Alte“ gegen „Neue Welt“) prägte die Formel „Amerika den Amerikanern“ (May 1992). Obwohl die Monroe-Doktrin Teil der US-amerikanischen Außenpolitik war, agierte sie im Namen des gesamten amerikanischen Kontinents, d.h. im Namen anderer souveräner Staaten, die 1821 mehrheitlich ihre Unabhängigkeit erlangten. In der Literatur gelegentlich als antikoloniale Schutz- oder sogar Solidaritätspolitik (Krämer & Kuhn 2006) gegen Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Österreich und Spanien betrachtet, trägt die Doktrin doch von Beginn an imperiale Züge. Dies wurde in den sich herausbildenden lateinamerikanischen Staaten als neue Gefahr aus dem Norden aufgefasst, was in der dem mexikanischen Präsidenten Porfirio Díaz zugeschriebenen Bemerkung: „Armes Mexiko! So fern von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten!“ (zit. n. Hahn 2009) zum Ausdruck kam. Trotz ihres anfangs eher defensiven, antikolonialen Charakters (Lozancic 2012) wurde die Doktrin im Laufe der Zeit zur Grundlage einer expansiven, interventionistischen außenpolitischen Strategie der USA.

1904 verkündete Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) den alleinigen Anspruch der USA auf Intervention in inneramerikanischen Angelegenheiten (Roosevelt Corollary) (Maass 2009: 383-402) und begründete so die US-amerikanischen Interventionen in Nicaragua, Kuba, Haiti und der Dominikanischen Republik. Im Roosevelt Corollary heißt es:

„Wenn eine Nation zeigt, dass sie vernünftig und mit Kraft und Anstand in sozialen und politischen Fragen zu handeln versteht, dass sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, dann braucht sie keine Einmischung von Seiten der Vereinigten Staaten zu befürchten.“ (zit. n. Neuber 2019)

Die Entscheidung darüber, wer „vernünftig“ und „anständig“ ist, wer „Ordnung hält“ und die „Schulden bezahlt“, beanspruchten die USA für sich. Präsident Harry S. Truman weitete 1947 die Monroe-Doktrin auf die ganze Welt aus, indem er erklärte: „allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch einen äußeren Druck bedroht ist“ Beistand leisten zu wollen (ebd.). Dieses selbst gesetzte Interventionsrecht wurde 1950 durch das Kennan Corollary erweitert. Die Truman-Doktrin und das Kennan Corollary waren die Grundlage für die Containment-Politik im Kalten Krieg, die die Ausbreitung des Kommunismus verhindern bzw. eindämmen sollte. Die Dominanz der USA über ganz Amerika wurde durch den 1947 abgeschlossenen *interamerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand* (TIAR – *Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca*) für Lateinamerika institutionell abgesichert (Wilson & Dent 1995). 1948 folgte die Gründung der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), die in erster Linie dazu diente, Lateinamerika in die Systemauseinandersetzung mit der Sowjetunion einzubeziehen. 1962 wurde Kuba aus der OAS ausgeschlossen und mit einer US-amerikanischen Blockade belegt, der sich alle lateinamerikanischen Länder außer Mexiko anschlossen (Res. VI der OAS 1962).

Die auf der Monroe-Doktrin basierende Interventions-Politik begann mit der Annexion der Hälfte des Territoriums Mexikos durch die US-Armee 1846-1848. Zahlreiche weitere Beispiele, die sich vor allem gegen soziale Reformen im jeweiligen Land richteten, werden hier kurz genannt:

- die Interventionen in der Dominikanischen Republik in den Jahren 1903 und 1914, deren Besetzung zwischen 1916-1924 „zum Schutz amerikanischer Interessen“ und die Landung von 30.209 US-Marines 1965 zur Unterstützung des Putsches gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Juan Bosch;
- der Sturz des gewählten Präsidenten Jacobo Arbenz durch die CIA in Guatemala 1954;
- die von der CIA unterstützte Landung von Exilkubanern 1961 in der Schweinebucht in Kuba zum Sturz Fidel Castros;
- der von der CIA unterstützte Putsch gegen den gewählten Präsidenten Salvador Allende in Chile 1973.

Auf der Basis eines militärisch-strategischen Potenzials von 75 Militärstützpunkten haben die USA Lateinamerika die Position des „Hinterhofes“ zugewiesen und die Anerkennung ihres Hegemonie-Anspruchs bei Strafe der Intervention eingefordert (Capote 2023).

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlor die Monroe-Doktrin für Lateinamerika erst einmal an Schlagkraft, da sich die USA stärker anderen Regionen wie dem Nahen Osten, Osteuropa und Eurasien zuwandten, was in Lateinamerika auch mit dem Begriff des „American Decline“ beschrieben wird. China löste die USA als erster Gläubiger ab, holte sie in verschiedenen Ländern in Handel und Investitionen ein und übernahm weitgehend die wirtschaftliche Initiative auf dem Kontinent (Lemoine & Gaafar 2022). Durch die chinesische „Belt and Road“-Initiative wurde das Land besonders bei großen lateinamerikanischen Infrastrukturprojekten aktiv. Hinzu kam, dass die erste „Rosa Welle“ lateinamerikanischer Mitte-Links-Regierungen um die Wende von 20. zum 21. Jahrhundert (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ekuador, Kuba, Nicaragua und Venezuela) dazu beitrug, die US-amerikanische Vorherrschaft auf dem Kontinent zurückzudrängen.

Ohne die Monroe-Doktrin aufzugeben, kam es zu einem begrenzten Politikwechsel: Direkte Interventionen wurden durch geheimdienstliche Tätigkeiten, Unterstützung der US-freundlichen Opposition, Wirtschaftskriege, sogen. „Farbenrevolutionen“ und Putsche gegen progressive Regierungen ersetzt. So unterstützten die USA in der Amtszeit der Präsidenten George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump 2002 den Putschversuch gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, 2010 den Putschversuch gegen den linken Präsidenten Raphael Correa in Ekuador, 2012 den parlamentarisch-juristischen Putsch gegen Präsident Fernando Lugo in Paraguay und 2019 den Polizeiputsch gegen den bolivianischen Präsidenten Evo Morales („Die Beziehungen ...“ 2021).

Offiziell wandte sich Obama von der Monroe-Doktrin ab. 2013 sagte sein Außenminister: „Im Verlauf der Geschichte unserer Nation haben zahlreiche Präsidenten die Doktrin befolgt. Heute haben wir jedoch eine andere Wahl getroffen.“ (zit. n. Neuber 2019) Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba 2015 und Obamas Besuch in Kuba stellen insofern Meilensteine dar. Jedoch blieb die wirtschaftliche Blockade gegen das Land bestehen. Der offizielle Abgesang auf die Monroe-Doktrin war weder nachhaltig noch strategisch angelegt, sondern zielte darauf, den chinesischen Einfluss zurückzudrängen und verloren gegangenes Vertrauen in Lateinamerika zurückzugewinnen. Im militärisch-strategischen Bereich blieb der Geist der Monroe-Doktrin mit dem Ausbau US-amerikanischer Militärstützpunkte, dem gestiegenen Waffenhandel, der Einbeziehung Kolumbiens als „Partner

Across the Globe“ in die NATO (2013) und der militärischen Bekämpfung von Drogenhandel und Migration, aber auch in dem Wirtschaftskrieg und der Sanktionspolitik gegenüber Venezuela, Kuba und Nicaragua mit dem Ziel eines Regimewechsels auch unter Obama weiterhin bestehen.¹

Donald Trump konnte ganz offen die Rückkehr zur Monroe-Doktrin verkünden, ohne auf entscheidenden Widerstand zu stoßen. Er begründete die US-amerikanischen Sanktionen gegen die „Troika des Terrors“ (Nicaragua, Kuba und Venezuela) nun mit seinem Slogan „America First“. In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung 2018 deklarierte er mit Hinweis auf James Monroe das Recht der USA, gegen das Eindringen „expansionistischer ausländischer Mächte“ in der westlichen Hemisphäre vorzugehen (Gärtner 2020). Sein Nationaler Sicherheitsberater John Bolton teilte mit:

„Heute verkünden wir stolz, dass alle es hören: Die Monroe-Doktrin ist lebendig und sie ist eine gute Doktrin [...] Wir alle müssen die Vertreter des Kommunismus und Sozialismus in dieser Hemisphäre – und in unserem Land – zurückweisen.“ (zit. n. Neuber 2019)

Trump verlieh Brasilien den Status eines „Major Non-Nato Ally“, so dass auch dieses bedeutende lateinamerikanische Land, wie schon Kolumbien, mit der NATO liiert wurde (Apr/dpa/AFP 2019).

Den „American Decline“ konnte er jedoch nicht aufhalten, sondern verstärkte ihn weiter. Lateinamerika wollte den Freiraum, den es durch eine verminderte Abhängigkeit von den USA („Bill ...“ 2022) und Europa (Maihold 2022) erreichen konnte, nicht wieder aufgeben. Es baute seine Beziehungen zu China über ein breites wirtschaftliches Netzwerk wie das CELAC-China-Forum (CELAC – *Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*)² und Freihandelsabkommen mit China weiter aus und behielt die vorrangigen Handels-, Investitions- und finanziellen Beziehungen bei. Chinesische Hilfe für Länder, die durch US-amerikanische Sanktionen besonders betroffen waren, z.B. für Venezuela und Kuba, und die Belieferungen einer großen Anzahl lateinamerikanischer Staaten mit dem COVID-19-Impfstoff Cinovac, während die USA und Europa die in ihren Ländern hergestellten Vakzine lange verweigerten (vgl. dazu: Brand & Schöninger 2021), kamen lateinamerikanischen Interessen entgegen. Von einer Intensivierung der politischen Beziehungen zeugten die Staatsbesuche

1 Beispielsweise zahlten die USA von 2001 bis 2016 rund zehn Mrd. US\$ (8,9 Mrd. €) Militärhilfe an Kolumbien (Hermsdorf 2022b).

2 Die CELAC ist eine regionale Integrationsgemeinschaft, die 2013 als Gegenprojekt zur OAS gegründet wurde und der alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten angehören. Die USA und Kanada gehören nicht dazu. Sie verfügt über eine Gesamtbevölkerung von über 550 Mio. Menschen und eine Gesamtfläche von mehr als 20 Mio. Quadratkilometern.

der Präsidenten Brasiliens und Argentiniens im Jahr 2002 in China. Xi Jinping sprach auf dem CELAC-Gipfel im Februar 2023 in Buenos Aires (Elbaum 2023) und der russische Außenminister Lawrow besuchte im April 2023 Lateinamerika.

Daneben intensivierten sich ab Mitte 2000er Jahre die Beziehungen zum wirtschaftlich erstarkenden Russland, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur noch in geringerem Umfang fortbestanden. Nach der Intensivierung dieser Beziehungen importierte Brasilien 2021 85 % seiner Düngemittel aus Russland und Belarus. Im Gegenzug lieferte das Land 37 % der Soja- und 21 % der Zuckerexporte dorthin (Meneses 2022). Argentinien exportierte 20 % seiner Zitronen und 38 % der Mandarinen (Serrichio 2022), Uruguay einen Großteil seiner Milchprodukte und Paraguay 40 % seiner Fleischprodukte nach Russland (Barrios 2022).

Auch die politischen Beziehungen zu Russland erfuhren ab Mitte der 2000er Jahre eine erhebliche Aufwertung. Vor allem die strategischen Partner Kuba, Venezuela und Nicaragua (Duch 2022) pflegten eine rege diplomatische, politische und militärische Kooperation, aber auch die großen Staaten wie Brasilien, Argentinien und Mexiko bemühten sich um engere Kontakte. Seit 2014 waren Wladimir Putin drei Mal und Sergei Lawrow mehrfach in Lateinamerika (Paz u.a. 2022). Im Zeitraum um den Ukraine-Krieg herum vervielfachten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Russland. Der Präsident der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin besuchte genau zu Beginn der russischen Invasion in die Ukraine Kuba („Díaz-Canel ...“ 2022) und Nicaragua (Wolodin 2022).

Kurz vor Beginn des Ukraine-Krieges im Februar 2022 besuchten der linke argentinischen Präsident Alberto Fernández und der rechte brasilianischen Präsident Jair Bolsonaro Russland (González Zorrilla 2022). Russland versuchte Lateinamerika als Partner einer „Schicksalsgemeinschaft“ von Ländern zu integrieren, die sich dem Hegemonieanspruch der USA entgegenstellen. Auf der Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands im Mai 2022 kritisierte Lawrow die Hegemonial-Politik der USA gegenüber dem Globalen Süden („Lawrow ...“ 2022). In Reaktion auf die geplante Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO kündigte Lawrow im Mai 2022 an, die aus westlichen Staaten ausgewiesenen russischen Diplomaten nach Lateinamerika umzuleiten und das russische Außenministerium zugunsten Lateinamerikas umzugestalten („Diplomáticos ...“ 2022).

Die USA reagierten auf den wachsenden Einfluss Chinas und Russlands in Lateinamerika mit einer neuen Lateinamerika-Politik „auf Augenhöhe“, die auf Gegenseitigkeit, Respekt und Kooperation beruhen sollte und bei den lateinamerikanischen Staaten die Hoffnungen auf mehr Autonomie weckte.

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges und der Zuspitzung des Konfliktes zwischen den USA und China ist jedoch das Gegenteil der verkündeten Vorsätze zu beobachten, da es nunmehr nicht nur um die Rückgewinnung verlorengegangenen Einflusses geht, sondern auch um die Rekrutierung Lateinamerikas als geostrategische Reserve. Ohne dies öffentlich zuzugeben, steht die neue Lateinamerika-Politik von Joseph Biden für eine Fortführung der Monroe-Doktrin, um die wirtschaftlichen Ressourcen Lateinamerikas, besonders im Bereich neuer strategischer Rohstoffe, Süßwasserreserven, Lebensmittel und Energieträger für die USA zu sichern. Es geht aber auch darum, den Kontinent auf eine internationale Unterstützung der Konfrontationspolitik gegen Russland im Ukraine-Krieg und gegen China, besonders in der Taiwan-Frage, einzuschwören. Mit diesem Ziel setzen die USA mit interventionistischem Impetus immer mehr Druck und Zwang gegenüber Lateinamerika ein, was an frühere Phasen der Monroe-Doktrin erinnert. Anfang Februar 2022 legte der US-Kongress den *Western Hemisphere Strategic Security Act* vor, der die militärische Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Nationen stärken soll, um den „wachsenden bösartigen Einfluss Chinas und Russlands zurückzudrängen“ (zit. n. Stuenkel 2022). Die bisherige Erfolglosigkeit der US-Lateinamerika-Politik der letzten 20 Jahre, wie z.B. das nicht zustande gekommene „Hemisphärische Freihandelsabkommen“, sollen damit überwunden und der Einfluss Chinas und Russlands zurückgedrängt werden.

Die interventionistische Ausrichtung der neuen Lateinamerika-Politik der USA zeigte sich in den Sanktionen gegen Venezuela, Nicaragua und Kuba und dem Druck auf die argentinische Regierung bei den Schuldenverhandlungen mit dem IWF, in denen Kredite an die Beendigung bereits vereinbarter chinesischer Wirtschaftsprojekte im Land (Lejtman 2022a) gebunden werden. Der Druck auf Brasilien zur Unterbindung der Kooperation mit China wächst. Die China-Reise von Präsident Lula ist ein weiteres Beispiel für US-amerikanische Einmischung im Sinne von Containment und Abschreckung. Sowohl Republikaner als auch Demokraten verurteilten die Reise Lulas, da China Brasilien „drängen würde, einem chinesisch-russischen Block beizutreten und Unterstützung in der Taiwanfrage“ zu leisten. Der demokratische Senator Ben Cardin sagte: „Das Problem ist, dass Brasilien die Sanktionen gegen Russland nicht sehr unterstützt hat.“ (zit. n. Pinheiro 2023) Noch kurz vor den Wahlen des progressiven Präsidenten Gustavo Petro verlieh Biden Kolumbien 2022 den Status eines „Major Non-Nato Ally“.

Das Süd- und das Nordkommando der USA, in die die lateinamerikanischen Streitkräfte integriert sind, wurden innerhalb der neuen Lateinamerika-Politik Bidens aufgewertet. Im März 2022 erklärte die Leiterin

des Südkommandos, Generalin Laura Richardson, vor dem *Senate Armed Services Committee*, dass China als „primäre Bedrohung“ und Russland als „sekundäre“ zu betrachten sei, da China in Lateinamerika „expandiert“, während Russland durch seine Beziehungen zu Venezuela, Kuba und Nicaragua „die Instabilität verstärkt“ (Richardson 2022).

Anfang 2023 waren eine zunehmend harte Gangart der USA gegen die chinesischen und russischen Aktivitäten in Lateinamerika und die Wiederbelebung des „hemisphärischen Anspruchs“ mit einem eindeutigen militärisch-interventionistischen Impetus zu beobachten. Richardson betonte vor dem *Atlantic Council of the Americas* die strategische Bedeutung der Ressourcen Lateinamerikas für die USA, die durch China als den größten „böartigen Gegner bedroht“ würden (Atlantic Council 2023). In der Anhörung der Oberkommandierenden des Süd- und des Nordkommandos der USA vor dem *House Armed Services Committee* über die kontinentale Sicherheitslage im Januar 2023 machte Richardson klar, dass die Einrichtung einer chinesischen Überwachungsstation in der Nähe der Magellanstraße in Argentinien und der Kauf von Lithiumabbaubetrieben im Lithium-Dreieck Lateinamerikas (Chile, Bolivien und Argentinien) durch China eine zunehmende Bedrohung für die US-Sicherheit darstellten. Dies sei „ein Risiko, das wir weder akzeptieren noch ignorieren können“ (ebd.). General Glen VanHerck (Nordkommando) sah die Sicherheit der USA zusätzlich durch die Beherrschung großer Teile des lateinamerikanischen Telekommunikationssystems durch China bedroht. Die Generäle unterstrichen die Notwendigkeit der militärischen Präsenz der USA in Lateinamerika. Richardson drang darauf, den Panamakanal, die Magellanstraße und die Drake-Passage durch die USA „offen zu halten“ (Grady 2023). Da die USA gegenüber China auf militärischem Gebiet in Lateinamerika überlegen sei, sieht Richardson den „Haupthebel“ gegen chinesische und russische Einflüsse in der „Sicherheitszusammenarbeit mit Schulungen lateinamerikanischer Militärs“ über „US-Doktrinen und Ausrüstung der Streitkräfte für die Interoperabilität“. Dazu wurden acht große Militärmanöver geplant. Der Hinweis, dass sich die Lateinamerika-Politik der USA an der Erfahrung, „wie schnell wir die Ukraine mit Ausrüstung versorgen können“ (Weber 2023) orientieren soll, verweist auf die Gefahr, dass das Vorgehen im Ukraine-Krieg auch in Lateinamerika Schule macht.

Beim Ringen um die „alte“ Einflussphäre Lateinamerika ist ein arbeitsteiliges Vorgehen zwischen dem Militär (Süd- und Nordkommando), dem Parlament, dem Außenministerium und der Regierung der USA zu beobachten. Während im US-Militär interventionistische Maßnahmen bis hin zur US-Präsenz angedacht werden, liefern Kongress und Senat die

zivilisatorische Begründung, die eigene „Hemisphäre“ vor der chinesischen und russischen Bedrohung zu schützen und die US-Regierung und das Außenministerium mit weitreichenden Präventivmaßnahmen zu beauftragen. Die Wiederaufnahme des „Hemisphären-Arguments“ aus der Werkzeugkiste der Monroe-Doktrin stellt eine aggressive Variante der „Hinterhof“-Politik dar. Das Außenministerium wiederum realisiert gegenüber Lateinamerika eine hybride Politik, die von diplomatischem Druck bis zu weichen Maßnahmen wie der Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) reichen, die sich gegen die Regierungspolitik richten. Dabei benutzen die USA Themen wie „Demokratie, Menschenrechte und Good Governance“ als Instrument zur Intervention in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten. Die Haushaltsvorlage des US-Außenministeriums für Auslandsoperationen 2024 sieht eine Aufstockung von 56 auf 60 Mio. US\$ allein für Mexiko vor. Darin sind finanzielle Zuwendungen, Lieferung von Technik und Schulungen von NGOs durch USAID (US-Behörde für internationale Entwicklung) vorgesehen. Kolumbien steht dabei an erster und Mexiko an zweiter Stelle. Danach kommen Venezuela mit 54 Mio., El Salvador mit 46 Mio. und Kuba mit 20 Mio. US\$ (Andujo 2023b). Das bedeutet, dass die USA die nord- und zentralamerikanische Region weiterhin als ihr unmittelbares Hinterland betrachten und dort über „Farbenrevolutionen“ eine US-unabhängige Politik verhindern wollen.

Internationale Aktivitäten ergänzen die neue Lateinamerika-Politik der USA. Auf dem Madrider NATO-Gipfel im Juni 2022, auf dem Russland als „Bedrohung für die Internationale Ordnung“ und China als „systemische Herausforderung“ definiert wurden, versuchten die USA zusammen mit Europa, Lateinamerika über die NATO-Partnerschaften mit Kolumbien und Brasilien strategisch in die „Global NATO“ (German Foreign Policy 2022) einzubinden und zu einer Verurteilung Russlands sowie zu Waffenlieferungen zu bewegen. Auf dem G7-Treffen in Elmau im Juni 2022 proklamierte Biden das Programm „Partnership for Global Infrastructure and Investment“, in dem mehr militärische Hilfe für die Ukraine, höhere Sanktionen gegen Russland und ein Marshall-Plan für den Globalen Süden mit 600 Mrd. US\$ im Sinne einer westlichen „Neuen Seidenstraße“ (Energiesektor, Infrastruktur, Digitalisierung) verkündet wurden. Über Argentinien, das als Vorsitzender der CELAC fungierte, sollte Lateinamerika in die neue Konfliktstrategie des Westens gegen Russland und China einbezogen werden (Biden 2022). Doch sowohl wirtschaftliche Versprechen als auch moralischer Druck konnten keine entscheidenden Fortschritte des Westens in Lateinamerika bewirken.

Mit dem Ukraine-Krieg und der Zuspitzung des Konflikts zwischen den USA und China entstand ein neues Design der Monroe-Doktrin mit

perpetuiertem hegemonialem Inhalt und militärischem Impetus, um den Kontinent als Reserve und Bündnispartner gegen China und Russland aufzubauen und deren Einfluss zurückzudrängen. Die USA unterstrichen erneut ihren hegemonialen Status in der Hemisphäre und setzten Macht im Sinne von Zwang ein, was im Gegensatz zu den gewachsenen Autonomiebestrebungen Lateinamerikas steht und als zunehmende Bedrohung der Autonomie wahrgenommen wird. Sowohl bei traditionell linken Regierungen (Kuba, Venezuela, Nicaragua), bei neuen Mitte-Links-Regierungen (Mexiko, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Bolivien, Honduras) als auch rechten und neoliberalen Regierungen (Brasilien unter Bolsonaro bis 2022 oder Lacalle in Uruguay) stößt diese neue US-Politik auf Widerstand. Lateinamerika möchte den Freiraum, den es durch eine verminderte Abhängigkeit von den USA („Bill ...“ 2022) und von Europa (Maihold 2022) erreichen konnte, nicht wieder aufgeben und sich als eigene Kraft mit internationaler Handlungsmacht aufstellen.

Daher versuchen die lateinamerikanischen Länder, einer erneuten US-amerikanischen Vorherrschaft und einer Einbeziehung in einen sich ankündigenden „Kalten Krieg“ zwischen den neu entstehenden Blöcken der USA und ihren Verbündeten auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite gegenzusteuern. Das wird an der Intensivierung der Aktivitäten der lateinamerikanischen Staaten innerhalb der Gruppe der G20 und der Gruppierung aufstrebender Volkswirtschaften BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) deutlich. Außer den schon bestehenden Mitgliedschaften Argentinien, Brasiliens und Mexikos in der G20 und Brasiliens in den BRICS haben mehrere lateinamerikanische Staaten den Antrag auf Aufnahme in beide Organisationen gestellt (Crawford u.a. 2022). Im Jahr 2023 bemühen sich außerdem 21 lateinamerikanische Staaten um eine Teilnahme an der „Belt and Road“-Initiative Chinas. Das entspricht dem Konzept des „Active Non-Alignment“ in den globalen Beziehungen.

Ein wichtiger Punkt bei der Stärkung lateinamerikanischer Resilienz sind die Anstrengungen zur Wiederbelebung der regionalen Integration. Dabei sticht besonders die 2011 gegründete CELAC hervor. Die CELAC soll nach einem Wunsch des mexikanischen Präsidenten Lopez Obrador die OAS ersetzen. Außerdem werden große Anstrengungen unternommen, um sich im Niedergang befindliche Organisationen wie den *Markt des Südens* (Mercosur), die *Union Südamerikanischer Nationen* (Unasur), die *Karibische Gemeinschaft* (Caricom) und die *Bolivarianischen Allianz für Amerika* (Alba) durch zwischenstaatlichen Handel, Finanzkooperationen und gemeinsame Infrastrukturprojekte neu zu beleben. Besonders wirkungsvoll könnte die Verwirklichung einer gemeinsamen Handelswährung sein, für

die zwischen Brasilien und Argentinien bereits erste Schritte unternommen wurden (Männer 2023). Fasst man das Bemühen um regionale Integration nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch auf, so gibt es hinsichtlich des abgestimmten außenpolitischen Handelns innerhalb der CELAC die größten Integrationserfolge. Beispielsweise sahen sich die USA 2022 beim *Summit of the Americas* der OAS mit einem Teilboykott wichtiger lateinamerikanischer Staatsoberhäupter konfrontiert. Die CELAC hatte gefordert, Vertreter*innen aller lateinamerikanischen Länder einschließlich Kubas, Venezuelas und Nicaraguas einzuladen, was die USA jedoch ablehnten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CELAC bestand der argentinische Präsident Fernández darauf, auf gesamtamerikanischen Gipfeln werde die Teilnahme aller amerikanischen Staaten erwartet. Diese politische und wirtschaftliche Distanzierung von den USA beeinflusst auch Lateinamerikas Haltung zum Ukraine-Krieg entscheidend. Michael Shifter und Bruno Binetti (2022) bezeichnen sie treffend als Entwicklung eines „postamerikanischen Lateinamerikas“.

Monroe-Doktrin und Imperialismustheorien

Hier stellt sich die Frage, inwiefern imperialismustheoretische Ansätze helfen, das Verhältnis zwischen der Monroe-Doktrin und der Haltung lateinamerikanischer Staaten zum Ukraine-Krieg zu erklären. Es stehen sich im Grunde zwei Richtungen gegenüber: Wir können zwischen sozio-ökonomischen, beispielsweise bei John Hobson (1996: 183) und Wladimir Iljitsch Lenin (1917 [1962]), und machtpolitischen Ansätzen unterscheiden. Hobson und Lenin gehen davon aus, dass die Großmächte, Monopole und die Finanzoligarchie im Kampf um Einflussphären und Profitmaximierung in Konkurrenz geraten und diese die Basis für Kriege darstellen. Andere Theorien bezeichnen mit Imperialismus territoriales Expansionsstreben von Staaten um Macht, Prestige und Einfluss.³ Die Verbindung zwischen beiden Ansätzen, wie z.B. bei Rob Ferguson (2022) und David Harvey (2005), verspricht in unserem Fall einen Analysegewinn. So liefert die Definition von Ferguson für die Gründe des Ukraine-Krieges eine recht plausible Erklärung:

„Qua Definition ist der Imperialismus ein dynamisches System der Konkurrenz zwischen Staaten, deren wirtschaftliche, militärische und geopolitische Macht wächst und schwindet. Konflikte spitzen sich nicht selten dann zu, wenn das Gleichgewicht der Kräfte sich verschiebt. Im schlimmsten Fall kommt es zu einer militärischen Auseinandersetzung.“ (Ferguson 2022)

3 Vgl. Sulzbach 1959; Schumpeter 1919; Doyl 1986; Münkler 2005.

Mit der neoliberalen Globalisierung und dem Ende des Ost-West-Konfliktes waren imperialismustheoretische Ansätze zunächst in den Hintergrund getreten und machten anderen, etwa Konzepten der Globalen Politische Ökonomie (Streeck 2021) oder Postmodernisierungstheorien Platz. Seit dem Krieg der USA im Irak, den folgenden Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien kam es zu einer Renaissance der Imperialismus-Theorien. Vor allem linke Wissenschaftler*innen wie David Harvey (2005), Thomas Jäger (vgl. Jäger 2022), und marxistische Aktivist*innen griffen den Begriff unter dem Label des „neuen Imperialismus“ wieder auf und meinten hier vor allem die USA und die NATO. Im Gegensatz dazu verorteten eine Reihe von Wissenschaftler*innen imperialistisches Handeln im Ukraine-Krieg vor allem bei Russland (vgl. z.B. Booß 2023; Fücks 2022). Ein anderer Ansatz zeigt sich bei Autor*innen aus linken Bewegungen und Organisationen – etwa aus der *Internationalen Sozialistischen Organisation* (ISO), der *Vierten Internationale* und der *Fünften Internationale*, der Partei *Die Linke* oder der *Kommunistischen Partei Griechenlands* (KPG) –, die sowohl die USA und die EU als auch Russland und China als imperialistische Mächte auffassen. Sie erklären den Krieg in der Ukraine mit Thesen „innerimperialistischer Widersprüche“ (SDAJ 2022), einem „imperialistischen Weltsystem“ (Engel u.a. 2022) oder „imperialistischen Kriegen“⁴.

Ich greife den Ansatz des „neuen Imperialismus“ besonders heraus, da er mir für die Erklärung der Haltung der lateinamerikanischen Staaten im Zusammenhang mit der Monroe-Doktrin am geeignetsten erscheint. David Harvey (2005), Frank Deppe (2004) und Rob Ferguson (2022) verknüpften die Theorien der neoliberalen Globalisierung und klassische Imperialismus-Theorien miteinander. Harvey versteht Imperialismus als widersprüchliche Verschmelzung von „Politik von Staaten und Imperien mit den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation in Raum und Zeit“. Damit beschreibt er

„die politischen, diplomatischen und militärischen Strategien [...], die ein Staat (oder eine Ansammlung von Staaten, die als politischer Machtblock operiert) in dem Bemühen, in der ganzen Welt seine Interessen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen“ (Harvey 2005:33).

Unter Bezug auf Antonio Gramsci verweist Harvey darauf, dass die „Vormachtstellung einer Gruppe oder, in diesem Fall, eines Nationalstaats ... sich auf zwei Weisen manifestieren (kann): als ‚Dominanz‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘“ (Harvey 2005: 43). Unter „Dominanz“ versteht er überwiegend Zwangsmaßnahmen, die auch militärische Interventionen und

4 KPG 2022 und das britische Bündnis Stop the War Coalition; vgl. auch Wisotzky 2022; Balhorn 2022.

Kriege einschließen. Mit „intellektueller und moralischer Führung“ werden sanftere Maßnahmen der kulturellen und ideellen Führung bezeichnet. Dies entspricht der Feststellung von Harvey, dass

„in dem Maße, in dem die nacheifernden Staaten Erfolg haben, [...] dadurch potenziell ein Gegengewicht und damit eher eine Abnahme als eine Steigerung der Macht des Hegemons (entsteht), indem Konkurrenten entstehen und die ‚Besonderheit‘ des Hegemons sich verringert“ (ebd.: 42).

Ferguson (2022) definiert das Vordringen neuer imperialer Mächte im imperialen Weltsystem als „Konkurrenz“, die letztendlich ein „Nullsummenspiel“ sei. „In dem Drang nach Kapitalakkumulation kann kein Teil des Weltsystems außerhalb der Sphäre der konkurrierenden Staaten bleiben.“

Obwohl Trump die Monroe-Doktrin wieder aufleben ließ und Biden dies nicht zurücknahm, war die Wirkungsmacht der US-amerikanischen Hegemonie, dem Ansatz von Harvey folgend, bereits gebrochen und erzeugte in Lateinamerika einen umso stärkeren Widerstand gegen den US-amerikanischen Imperialismus, der sich in einer Ablehnung einer US-amerikanischen Gefolgschaft im Ukraine-Krieg und im eigenständigem Handeln Lateinamerikas im Großkonflikt zwischen den USA und China zeigt.

Durch seine jahrzehntelangen Erfahrungen als US-amerikanischer Hinterhof bedeutet Antiimperialismus in Lateinamerika hauptsächlich Antiamerikanismus, der sich durch die verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppen zieht. Auch wenn China und Russland imperialistisches Verhalten zugeschrieben werden würde, so erscheinen sie den lateinamerikanischen Regierungen weniger gefährlich als die USA. Als Hegemon haben beide Globalmächte für Lateinamerika wenig Relevanz. Vielmehr betrachten die lateinamerikanischen Staaten China und Russland und ihren wachsenden Einfluss auf dem Kontinent als Gegengewicht gegen einen US-dominierten hegemonialen Imperialismus, der sich im Abwärtstrend befindet. China und Russland sollen eine erneute Abhängigkeit von den USA und die Einbeziehung in einen neuen „Kalten Krieg“ verhindern helfen und einen aktiven Multipolarismus in den internationalen Beziehungen ermöglichen. Die divergierende Haltung der lateinamerikanischen Staaten bezüglich der Beurteilung der militärischen Intervention Russlands in die Ukraine bei der UNO basieren auf der Einforderung von völkerrechtlichen Kriterien und einer allgemeinen anti-hegemonialen Haltung. Vor diesem Hintergrund werden jedoch wichtige Fragen, etwa die nach den Kriegsursachen (hegemoniales Streben der USA gegenüber Russland) oder die nach Eindämmung bzw. Beendigung des Krieges (Rücknahme der Hegemonie der USA gegenüber

Russland), gegenüber den US-amerikanischen bzw. europäischen Auffassungen abweichend beantwortet.

Die Haltungen lateinamerikanischer Staaten im Ukraine-Krieg

Ich behandle vor allem diejenigen Haltungen Lateinamerikas zum Ukraine-Krieg, bei denen die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten eine zwar graduell unterschiedliche, aber in Grundfragen weitgehend übereinstimmende Position einnimmt. Dies belege ich mit Abstimmungsergebnissen in internationalen Organisationen und durch Zitate von führenden Politiker*innen.

Ablehnung des Krieges Russlands in der Ukraine

Kein lateinamerikanischer Staat stimmte in der UNO und in der OAS gegen Resolutionen zur Ablehnung des russischen Krieges gegen die Ukraine. Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Regierungen lehnte den Krieg in der Abstimmung über die Resolution A/RES/ES-11/1 in der UN-Vollversammlung vom 24.3.2022 (UN 2022) und in der OAS am 25.3.2022 („OAS Resolution ...“ 2022) mit jeweils 28 Zustimmungen, 5 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen ab. Auf der UN-Vollversammlung am 23.2.2023 stimmten 29 lateinamerikanische Staaten für die Resolution A/ES-11/L.7 „Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen“ (UN 2023), drei enthielten sich der Stimme, und Nicaragua stimmte als einziges Land dagegen („La Asamblea General ...“ 2023). Alle Resolutionen betonen die territoriale Integrität und Souveränität der Staaten und die Ablehnung von Gewalt in den internationalen Beziehungen entsprechend der Charta der Vereinten Nationen.

Hintergrund dieses Stimmverhaltens ist die historische Erfahrung der vielen US-amerikanischen Interventionen in lateinamerikanischen Ländern mit der Monroe-Doktrin: Dies veranlasst die lateinamerikanischen Staaten, im Ukraine-Krieg eine strikt anti-interventionistische und Antikriegshaltung zu vertreten. Ein weiteres wesentliches Motiv ist die konstitutive Position des Kontinents bei der Konstruktion einer Weltfriedensordnung im Zusammenhang mit dem Vertrag von Tlatelolco über eine Kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika (1967) und dem Kernwaffenverbotsvertrag (2021). Was die Haltung der lateinamerikanischen Staaten wiederum von westlichen Staaten unterscheidet ist, dass sie die Akzeptanz der Sicherheit der Staaten, ebenfalls Teil der UN-Charta, ebenso betonen wie staatliche Souveränität und Gewaltfreiheit. Das ist im Zusammenhang mit der Argumentation

wichtig, dass die Sicherheit Russlands durch das Vorrücken der NATO verletzt worden sei, was in der Frage nach den Ursachen des Ukraine-Krieges bei den lateinamerikanischen Staaten eine große Rolle spielt. Im Gegensatz dazu behaupten die westlichen Staaten, dass die Sicherheit Russlands nicht gefährdet gewesen sei.

Entgegen der immer wieder in den westlichen Medien und durch westliche Politiker*innen erhobenen, aber unzutreffenden Behauptung, die lateinamerikanischen Staaten hätten den Krieg Russlands in der Ukraine „verurteilt“, muss der Unterschied zwischen „verurteilen“ auf der einen Seite und „besorgt sein“ (UN 2022) oder dem Verweis auf „die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“ („La Asamblea General ...“ 2023) auf der anderen hervorgehoben werden. Bemühungen westlicher Staaten, lateinamerikanische Vertreter dazu zu bringen, sich einer „Verurteilung“ Russlands anzuschließen, stießen auf die Ablehnung der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten. Daher kommt die Wendung „Verurteilung Russlands“ in den Resolutionen nicht vor. Auch auf anderen Gipfeln wie dem G7-Gipfel 2022, denen der G20 2022 und 2023 und der EU 2022 kamen die anwesenden lateinamerikanischen Vertreter nicht dem Ersuchen westlicher Staaten nach, den Krieg Russlands zu „verurteilen“.

Warum ist der Unterschied zwischen „Verurteilung“ und „Ablehnung“ von Bedeutung? Wenn ein Vorgang „abgelehnt“ wird, heißt das noch nicht, dass ein bestimmter „Schuldiger“ für den Vorgang verantwortlich gemacht wird. Im Umkehrfall heißt „Verurteilung“, dass ein Akteur oder mehrere Akteure für einen bestimmten Vorgang in die Verantwortung genommen werden. Die lateinamerikanischen Staaten kamen also der westlichen Absicht, Russland als alleinigen Aggressor zu verurteilen und somit als alleinigen Verursacher und Schuldigen hinzustellen, nicht nach.

Im Folgenden werden weitere Punkte des Dissenses mit den USA und ihren Verbündeten, der NATO und der Ukraine sichtbar.

Die Schuld- und Verursacherfrage

Auch wenn die lateinamerikanischen Staaten den Krieg Russlands als das „falsche Instrument“ betrachten, so sehen sie die USA, die NATO und die ukrainische Regierung an dem Ausbruch des Krieges ebenfalls als schuldig an. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Monroe-Doktrin und der Interventionen und Verletzungen des Völkerrechts durch die USA nehmen sie den Ukraine-Krieg Russlands nicht allein als imperialistischen Expansionskrieg, sondern auch als einen Krieg gegen den US-Imperialismus wahr. Folgerichtig verurteilt die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder die

Bewertung des Ukraine-Krieges durch den Westen als „Doppelmoral“ und Selbstrechtfertigung, da die eigenen Kriege vollkommen ausgeblendet werden. Der mexikanische Präsident Lopez Obrador sagte im März 2022 vor dem Europäischen Parlament: „Anstatt einen Krieg zu vermeiden, wollen sie jetzt andere Dinge reparieren.“ (zit. n. Reina 2022) Dabei bescheinigte er den europäischen Staaten eine „koloniale Mentalität“ (ebd.). Der brasilianische Präsident Ignacio Lula da Silva äußerte in einem Interview mit dem *Time Magazine* noch vor seiner dritten Präsidentschaft, dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und das ukrainische Staatsoberhaupt für den Ukraine-Krieg genauso verantwortlich seien wie Russland. Er sagte:

„Politiker*innen ernten, was sie säen. Wenn ich Brüderlichkeit, Solidarität, Harmonie säe, werde ich Gutes ernten. Wenn ich Zwietracht säe, werde ich Kämpfe ernten. Putin hätte nicht in die Ukraine einmarschieren sollen. Aber nicht nur Putin ist schuldig. Auch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sind schuldig. Was war der Grund für den Einmarsch in die Ukraine? Die Nato, die USA und Europa hätten also sagen sollen: Die Ukraine wird der NATO nicht beitreten. Das hätte das Problem gelöst.“ (zit. n. „Polémicas ...“ 2022)

Lula behauptet sogar, US-Präsident Joe Biden habe den Krieg nicht nur nicht verhindert, sondern im Gegenteil befördert:

„Ich glaube nicht, dass er (Biden) in Bezug auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine die richtige Entscheidung getroffen hat. Die Vereinigten Staaten haben viel politisches Gewicht. Und Biden hätte es verhindern, nicht anstacheln sollen. Er hätte mehr reden, mehr kooperieren können. Biden hätte ein Flugzeug nach Moskau nehmen können, um mit Putin zu sprechen. Dies ist die Art von Einstellung, die von einer Führungskraft erwartet wird.“ (ebd.)

Auch zu Beginn seiner Präsidentschaft bleibt Lula dabei, dass die Schuld beide kriegsführenden Seiten, Russland und die Ukraine, trügen: Während des Besuches des deutschen Bundeskanzlers in Brasilien im Januar 2023 sagte er, dass „wenn einer nicht will, zwei nicht kämpfen“ (zit. n. „Lula ...“ 2023b). Lula wiederholte diese Position bei seinen Besuchen in den USA im Februar 2023, in China, den Vereinigten Arabischen Emiraten, in Portugal und Spanien im April 2023.

Die Regierung von Nicolas Maduro in Venezuela wirft dem Westen und der NATO vor, dass Minsker Abkommen nicht eingehalten und somit den Krieg provoziert zu haben (Leitner 2022). Die nicaraguanische Regierung beteuerte, Russland habe sich verteidigt, weil die NATO die Sicherheit des Landes bedrohe (Glüsing 2022). Auch Kuba beschuldigt die NATO, ihre Ausweitung an die russische Grenze vorangetrieben und somit den Krieg ausgelöst zu haben (ebd.). Auf der UN-Vollversammlung 2022 äußerte der kubanische Vertreter Pedro Luis Pedrosa Cuesta, dass sein Land nicht bereit

sei, „die äußerst komplexen Bedingungen, die zu dem heutigen Szenario geführt haben und die hätten vermieden werden können, zu ignorieren und nicht mit Ehrlichkeit und absoluter Klarheit aufzuzeigen“ (Cuesta 2022).

Im Vergleich zwischen den Kriegen der USA und der NATO mit dem Ukraine-Krieg wandte sich Mexiko gegen das Anliegen der USA, Putin in einem Kriegsverbrecher-Prozess vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu verurteilen, ohne dass jemals ein amerikanischer Präsident für die Entscheidung, einen Bombenkrieg gegen einen anderen Staat zu initiieren, verurteilt worden wäre (Brooks 2022). Die argentinische Expräsidentin und Vizepräsidentin Cristina Kirchner kritisierte die europäischen Staaten in ihrer Rede auf dem Treffen lateinamerikanischer und europäischer Regierungen dafür, Kriege nach ihren eigenen Interessen unterschiedlich zu beurteilen („Fuerte ...“ 2022) und verwies auf den Malwinen-Krieg, bei dem die Westmächte trotz UN-Resolution nicht das Selbstbestimmungsrecht der Argentinier berücksichtigten. Sie prangerte die „Doppelmoral“ der Westmächte mit Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an: „Sie lehnen einige Kriege ab, die für sie unbequem sind, und andere nicht, die es nicht sind.“ („Parlamentarios ...“ 2022)

Ferner zeigt sich der Dissens zu den westlichen Staaten in der vehementen Kritik des mexikanischen Präsidenten Lopez Obrador an den hohen Summen, die die USA für ukrainische Flüchtlinge auf Kosten der Migration aus Zentralamerika und Südmexiko zur Verfügung stellen:

„Ich habe gesehen, dass der Betrag, der für die Ukraine bewilligt wurde, und das sage ich mit allem Respekt, viel größer ist als der Betrag, der zur Unterstützung der armen Gemeinden in den Ländern Mittelamerikas und der Karibik erforderlich wäre.“ (zit. n. Jiménez & Martínez 2022)

Ablehnung von Sanktionen

Bei den Sanktionen gegen Russland durch den Westen liefern die lateinamerikanischen Staaten ein einheitliches Bild. Keiner schließt sich ihnen an. Anfang März 2022 richtete der mexikanische Präsident Lopez Obrador die folgende Botschaft an das Europäische Parlament:

„Und Sie (die europäischen Regierungen; d.A.) wenden Sanktionen an, die den Menschen nur schaden, weil die Gas- und Stromrechnungen gestiegen sind. Das dient nicht der Unterstützung Ihrer Völker, Sie spielen sich als Herrscher gegenüber Ihren geschätzten Völkern auf, die ein besseres Schicksal verdienen.“ (zit. n. Reina 2022)

Argentinien schließt Sanktionen kategorisch aus („El embajador ...“ 2022). Die argentinische Tageszeitung *Clarín* weist unter der Schlagzeile „Russland profitiert von internationalen Sanktionen“ (Castro 2022) auf die gestiegenen Preise von Nahrungsmitteln und Energie auf dem Weltmarkt hin. Auf seiner Europa-Reise betont der argentinische Präsident Alberto Fernández seine ablehnende Haltung und sagte dem deutschen Bundeskanzler: „Die Sanktionen gegen Russland haben jedoch negative Auswirkungen auf die ganze Welt und auch auf Argentinien.“ („Alberto ...“ 2022a)

Für die Ablehnung von Sanktionen durch die Mehrheit lateinamerikanischer Staaten gibt es zwei Hauptgründe: Erstens sind einer Studie der *Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL) vom April 2022 zufolge alle lateinamerikanischen Staaten existenziell von den Sanktionen betroffen (CEPAL 2022). Die um sich greifende Inflation im Lebensmittel-, Energie-, Transport- und Versicherungswesen, der Zusammenbruch von Handelsketten sowie der Ausschluss der Empfänger lateinamerikanischer Exporte aus dem SWIFT-Abkommen treffen Lateinamerika aufgrund seiner hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten besonders hart. So entfallen in Lateinamerika 72 % der Gesamtexporte auf Rohstoffe, verglichen mit 62 % in Afrika, 51 % im Nahen Osten, 37 % in europäischen Transformationsländern und 25 % in Asien („Krieg ...“ 2022). Folge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen sind ein steiler Anstieg der Armut, Hungersnöte und soziale Revolten.

Da mit Russland, Belarus und der Ukraine die Hauptlieferanten für Lebensmittel, besonders Weizen, Sonnenblumenöl, Mais und für Energie wegfallen, diese Produkte jedoch durch lateinamerikanische Produzenten und Exporteure ersetzt werden könnten, gab es zunächst die Hoffnung, dass diese Produzenten und Exporteure von dem gesteigerten Bedarf in der Welt profitieren könnten. Doch der Ausfall der Düngemittellieferungen aus Russland, Belarus und der Ukraine wirkte sich negativ auf die landwirtschaftliche Produktion aus. Zudem brachte die Unterbrechung und Verteuerung der Transporte sowie die sinkende Nachfrage keine Vorteile für die lateinamerikanischen Produzenten. Stattdessen brachen Lieferketten zusammen; diese rief eine Hyperinflation hervor. Der Berater der nationalen Landwirtschaftsbehörde Brasiliens Lucas Martins sagte:

„Seit Beginn der Konflikte im Februar 2022 sind die Düngemittelpreise in die Höhe geschossen. Ländliche Produzenten benötigen diese Mittel, um die Produktion von Feldfrüchten zu gewährleisten. Die hohen Kosten bedeuten, dass die Produzenten zum Zeitpunkt des Kaufs der Düngemittel und des Verkaufs der Feldfrüchte mehr planen mussten. Die aktuelle Getreideernte, die Ernte von 2022-2023, ist die teuerste Ernte der Geschichte.“ (zit. n. Couto & Aurajo 2023)

In allen lateinamerikanischen Ländern sind volkswirtschaftlich relevante Exporte zum Erliegen gekommen, was das gesamte wirtschaftliche Funktionsgefüge durcheinander brachte. Beispielsweise brach in Ekuador der Bananenexport, der für das Land zentral ist, wegen der Sanktionen zusammen. Weil die Schiffe nicht nach Russland auslaufen konnten und die Bananen in den Containern verrotteten, verloren 6.000 Beschäftigte ihre Arbeit. Vom Bananenanbau hängen in Ekuador unmittelbar 50.000 Arbeitsplätze und indirekt weitere 250.000 Jobs ab („Die Hungerkrise“ 2022). Auch Argentinien erleidet durch die gestörten Lieferketten erhebliche Verluste. In Uruguay ist der Export von Milchprodukten und anderen Lebensmitteln nach Russland infolge der Sanktionen mit gravierenden Folgen für den Binnenmarkt um 98 % eingebrochen („La invasión ...“ 2022). In lateinamerikanischen Energieimportländern wie Mexiko und den zentralamerikanischen Ländern kommt es zu einem massiven Anstieg der Benzinpreise, während gleichzeitig die Einnahmen exponentiell zurückgehen. Entsprechend prognostizierte die Weltbank für Lateinamerika für 2023 eine „wirtschaftliche Verlangsamung“, die die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie behindert. Sie konstatierte, dass „aufgrund des Krieges in der Ukraine, der Erhöhung der Zinssätze in den entwickelten Ländern und des anhaltenden Inflationsdrucks [...] die Volkswirtschaften der Region beeinträchtigen (werden)“ (Banco Mundial 2023).

Forderung nach einer schnellen Beendigung des Krieges

In der Frage der Beendigung des Krieges kritisieren viele lateinamerikanische Regierungen und Politiker*innen die USA, die EU, die NATO und die ukrainische Regierung dafür, dass sie ihn durch eine weitere militärische Eskalation und immer schärfere Sanktionen „gewinnen“ wollen. Damit nähmen sie in Kauf, dass sich der Krieg in einen lang andauernden Stellungskrieg mit unnötig vielen Toten auswächst. Das Versprechen Bidens an Selenskyj bei dessen Besuch in Washington, die Ukraine zu unterstützen, „so lange es dauert“, um Russland auf dem Schlachtfeld zu besiegen, bestätigt diese Annahme (Polychroniou 2023). Nach der Auffassung der lateinamerikanischen Staatsoberhäupter löst eine Verlängerung des Krieges eine nicht zu beherrschende Hungersnot aus und erhöht die Gefahr eines atomaren Weltkrieges. Lula stellte die Taktik des ukrainischen Präsidenten zur Beendigung des Krieges in Frage:

„Ich kenne den Präsidenten der Ukraine nicht. Aber sein Verhalten ist etwas seltsam. Es scheint, als wäre er Teil der Show. Er kommt morgens, mittags und abends im Fernsehen. Er ist im britischen Parlament, im deutschen Parlament,

im französischen Parlament, im italienischen Parlament, als würde er eine politische Kampagne führen. Es sollte am Verhandlungstisch sein.“ (zit. n. „Polémicas ...“ 2022)

Er bekräftigte seine Forderung nach einem schnellen Ende des Krieges auch während seines Besuches bei Präsident Biden in den USA am 10.2.2023: „Das Erste ist, den Krieg zu beenden und dann zu verhandeln, was in Zukunft passiert. [...] Man muss aufhören zu schießen, sonst gibt es keine Lösung.“ (zit. n. „Lula ...“ 2023a)

Auf der UN-Vollversammlung sagte der argentinische Präsident Alberto Fernández: „Gerechte und dauerhafte Lösungen können nur durch den Dialog und gegenseitige Verpflichtungen erreicht werden, die die notwendige friedliche Koexistenz gewährleisten.“ (zit. n. Zimmermann 2022) Auf seiner Europareise drückte er deutlich sein Unbehagen über die Zurückhaltung der europäischen Regierungen bei Verhandlungen mit Russland und ihren Beitrag zur militärischen Eskalation aus: „Wir brauchen mehr Nahrung und weniger Raketen.“ (zit. n. Mugica Diaz 2022) Gegenüber dem deutschen Bundeskanzler äußerte er:

„Lateinamerika leidet unter den Folgen (des Krieges) ... Das ist kein Problem mehr zwischen der NATO und Russland oder zwischen der Ukraine und Russland, es ist ein Problem für die Welt.“ (zit. n. ebd.)

Deshalb habe es Priorität für Argentinien, „dass sich die Welt zusammensetzt und das Problem so schnell wie möglich löst“ („Alberto ...“ 2022a). Die Meinung des Politikers hatte internationales Gewicht, da Argentinien 2022 und 2023 den Vorsitz im UN-Menschenrechtsrat und der CELAC innehatte.

Auf der 77. UN-Vollversammlung in New York zeigten sich die lateinamerikanischen und karibischen Staaten in der Frage der Beendigung des Krieges weitgehend einig. In einem „Offenen Brief an die UN-Vollversammlung“ forderte der venezolanische Präsident Nicolas Maduro die „Rückkehr zur Diplomatie und zum politischen Dialog anstelle einer militärischen Konfrontation“. Er lehnte „alle militärischen Provokationen und Wirtschaftssanktionen gegen Russland“ ab, weil sie „nicht zum Frieden beitragen, sondern das Feuer des Krieges schüren“. (zit. n. Hermsdorf 2022a)

Lateinamerikanische Friedenspläne

Die lateinamerikanischen Staaten beließen es nicht nur bei politischen Erklärungen für ein schnelles Kriegsende und der Forderung nach sofortiger Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien, sondern griffen aktiv mit eigenen Friedensvorschlägen in die internationalen Beziehungen

ein. Der argentinische Präsident Alberto Fernández schlug schon 2022 auf dem G7-Treffen in Elmau einen „multilateralen Friedensdialog“ durch die CELAC, die USA und die EU vor (Lejtman 2022b). Der Krieg solle durch einen Waffenstillstand beendet werden („Alberto ...“ 2022a).

Der auf der 77. UN-Vollversammlung vorgestellte mexikanische Vorschlag zielte auf die „unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und den Beginn direkter Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und dem russischen Präsidenten Putin“ („Asesor ...“ 2022). Der Papst, der UN-Generalsekretär und der indische Ministerpräsident Narendra Modi sollten eine Friedenskommission bilden, um einen Waffenstillstand von fünf Jahren durchzusetzen. Die Friedenspläne Argentiniens und Mexikos stießen außer in Lateinamerika auf wenig Beachtung in internationalen Gremien (UNO, G20, BRICS), bei den Konfliktparteien (Ukraine und Russland) und den westlichen Medien. Dem mexikanischen Vorschlag warf die ukrainische Regierung sogar vor, er sei „ein russischer Plan“ („Asesor ...“ 2022), der vor allem der Publicity des Präsidenten Obrador diene. Argentinien und Mexiko wurden also anders als die Türkei, China oder Indien vorerst nicht als internationale Akteure zur Konfliktregelung anerkannt.

Der weitestreichende und meistbeachtete Plan kam von Präsident Lula. Er schlug einen „Friedensclub“ („clube da paz“) von in den Ukraine-Krieg nicht involvierten Staaten wie China, Indien, Indonesien und Brasilien vor (Campos Mello 2023). Diesen Plan stellte Lula erstmals am 30.1.2023 bei seinem Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Scholz in Brasilia vor, später im Februar 2023 auf der UN-Vollversammlung und während seines Treffens mit dem US-Präsidenten Joseph Biden sowie schließlich im März 2023 durch seinen Außenminister beim G20-Treffens in Indien. Auf Twitter schrieb er:

„In einer Zeit, in der die Menschheit angesichts so vieler Herausforderungen Frieden braucht, dauert der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ein Jahr an. Es ist dringend notwendig, dass eine Gruppe von Ländern, die nicht an dem Konflikt beteiligt ist, die Verantwortung für die Aufnahme von Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens übernimmt.“ (zit. n. Andujo 2023a)

Der brasilianische Friedensplan wurde von Gesprächen Brasiliens mit Russland, Frankreich, den USA, Indien, China und der Ukraine begleitet. Darüber hinaus äußerten sich erstmals beide Kriegsparteien positiv dazu: Präsident Selenskyj unterstrich, er sei „sehr an Lulas Unterstützung interessiert“, und der stellvertretende russische Außenminister Michail Galuzin meinte: „Ich möchte betonen, dass Russland die ausgewogene Position Brasiliens in der gegenwärtigen internationalen Situation schätzt.“ (zit. n. Andujo 2023a) Bei einem Videotelefonat zwischen Lula und Selenskyj traten jedoch

unterschiedliche Haltungen in der Frage von Kompromissbereitschaft zur Beendigung des Krieges zutage („Lula ...“ 2023c).

Die Friedenspläne von Argentinien, Mexiko und Brasilien stimmten in dem Ziel überein, den Friedensprozess mit einem Waffenstillstand zu beginnen und Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland einzuleiten. Dabei stellen sie sich gegen westliche Pläne, die wie auf dem G7-Treffen, dem NATO-Gipfel und auf der Sicherheitskonferenz in München 2023, einen Krieg bis zum Sieg über die russische Armee anstrebten. Im Umkehrschluss heißt das, dass die lateinamerikanischen Staaten darauf dringen, Kompromisse mit Russland und der Ukraine einzugehen. Das Kriegsende, und damit die Rettung von Menschenleben, das Ende der Sanktionen, eine Erholung der globalen Wirtschaftslage und die Verhinderung eines Atomkrieges hatten dabei Priorität. Für den brasilianischen Plan ist die Verbindung zum chinesischen 12-Punkte-Friedensplan, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 4.2.2023 vorgetragen wurde, durch die Verschränkung zwischen nationaler Souveränität und Integrität einerseits und nationaler Sicherheit andererseits von Bedeutung („Chinas ...“ 2023). Indem diese Forderung nicht allein auf Russland, sondern auf alle Staaten zielt, bezieht sie auch frühere und gegenwärtige westliche Interventionen (Israels im Gazastreifen oder anderer Staaten im Jemen oder im Sudan) ein.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts hatte Lateinamerika auf globaler Ebene noch nie einen solchen internationalen Aktivismus an den Tag gelegt, der sich von der offiziellen Haltung der USA und ihrer Verbündeten abwendet. Trotz der relativ geringen internationalen Resonanz zeigt dieses Engagement durchaus sein gewachsenes politisches Selbstbewusstsein und die Erweiterung seiner politischen Autonomie.

Weigerung lateinamerikanischer Staaten, Waffen an die Ukraine zu liefern

Da neben Kuba, Nicaragua und Venezuela sechs weitere lateinamerikanische Länder sowjetische und russische Militärausrüstung besitzen, baten westliche Staaten schon unmittelbar nach Ausbruch des Krieges darum, diese Ausrüstung zur Unterstützung der Verteidigung an die Ukraine zu liefern. Als Gegenleistung sollten die Lieferländer US-amerikanische Waffen erhalten (Guzmán 2023). Dieses Angebot traf jedoch zwei sensible Punkte des neuen lateinamerikanischen Selbstverständnisses. Erstens drohte die Lieferung US-amerikanischer Waffen die Autonomie Lateinamerikas und die wachsende Unabhängigkeit von den USA zu unterhöhlen; zweitens hatten sich lateinamerikanische Länder mehrfach gegen Waffenlieferungen

in Konfliktgebiete generell ausgesprochen. Schon im März 2022 hatte der argentinische Präsident Fernández mitgeteilt: „Argentinien wird niemandem Waffen schicken.“ („Alberto ...“ 2022b) Auch der mexikanische Präsident Lopez Obrador verweigerte Mitte 2022 vor dem Europäischen Parlament Waffenlieferungen: „Ich liefere die Waffen, und ihr liefert die Toten. Das ist unmoralisch [...] Wir schicken keine Waffen irgendwohin. Wir sind Pazifisten.“ (zit. n. Guzmán 2022) Während seiner Lateinamerikareise im Februar 2023 nahm Bundeskanzler Scholz das Thema insbesondere wegen des Munitionsmangels für Gepard-Panzer⁵ in der Ukraine wieder auf und ersuchte Argentinien und Brasilien um Unterstützung für die Ukraine. Dem widersprachen sowohl Alberto Fernández als Präsident Argentiniens und als Vorsitzender der CELAC als auch Brasiliens Präsident Lula: Fernández sagte im Namen aller Lateinamerikaner: „Argentinien und Lateinamerika denken nicht daran, Waffen an die Ukraine oder einen anderen Konfliktherd zu liefern.“ (zit. n. Guzmán 2023) In Brasilien war der Bundeskanzler mit seinem Ersuchen, Munition für Leopard-1-Panzer für 25 Mio. R\$ an die Ukraine zu schicken, ebenso gescheitert. Lula erklärte:

„Brasilien hat kein Interesse am Verkauf von Munition, die in diesem Krieg verwendet werden kann. [...] Wir sind ein Land, das dem Frieden verpflichtet ist! Wir wollen nicht einmal eine indirekte Teilhabe an diesem Krieg!“ (zit. n. Johnson 2023)

Diese Position wiederholte Lula erneut während seines USA-Aufenthaltes im Februar 2023 gegenüber Präsident Biden: „Wenn ich die Munition schicken würde, würde ich mich in den Krieg einmischen. Ich will nicht in den Krieg eintreten. Ich will Frieden.“ (zit. n. „Massive Schäden ...“ 2023; vgl. Hassanzadeh 2023)

Fazit

Die Monroe-Doktrin bedeutet für die lateinamerikanischen Staaten trotz verschiedener Entwicklungsphasen, unter einer imperialen Hegemonie der USA zu stehen. Trotz ihrer Abschwächung im Rahmen des „American Decline“ gilt sie weiterhin als reale Gefahr einer Wiederbelebung, denn Trump hat der Doktrin erneute Bedeutung eingeräumt, und Biden hat sich nicht davon distanziert. Bidens „neue Lateinamerikapolitik“ spiegelt die

5 2014 hatte Brasilien 13 dieser Panzer zur Drohnenabwehr gekauft. Im Jahr 2022 verkaufte Deutschland 30 Gepard-Panzer 2022 an die Ukraine, allerdings mit unzureichender Munition. Unter Präsident Bolsonaro war Brasilien noch bereit, diese Munition abzugeben, unter Lula aber nicht mehr.

Hauptzielsetzung der Doktrin wieder: die hemisphärische Absicherung US-amerikanischer Interessen in Lateinamerika. Unter diesem Aspekt nehmen die lateinamerikanischen Regierungen den Krieg in der Ukraine wahr. Ihre Erfahrungen mit der imperialen US-Hegemonie übertragen sie auf die globale Ebene. Dadurch erscheinen sowohl die USA als auch Russland als verantwortlich für den Krieg. Für die lateinamerikanischen Regierungen kommt in der Monroe-Doktrin nicht nur ein kontinentaler, sondern ein weltweiter Herrschaftsanspruch der USA zum Ausdruck: ein Unipolarismus, der andere Globalmächte nicht duldet und Lateinamerika als Reserve in den Konflikt einbeziehen will. Russland und China hingegen nehmen die lateinamerikanischen Staaten eher als Garanten einer multipolaren Welt wahr. Da die lateinamerikanischen Staaten ihre Beziehungen gerade zu diesen von den USA bekämpften Globalmächten in den letzten Jahren verstärkt und dadurch einen größeren internationalen Handlungsspielraum erlangt haben, fürchten sie, in den Strudel einer erneuten Block-Politik und eines kalten Krieges zwischen den USA und Europa einerseits und Russland und China andererseits hineingezogen zu werden. Den unentwegten Druck der westlichen Staaten, Russland international zu „verurteilen“ und Panzer und Munition in die Ukraine zu liefern, empfinden sie als hegemoniale Einmischung. Multipolarität ist für sie grundlegende Bedingung dafür, einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden und den eigenen Spielraum zu erhalten.

Von erheblicher Bedeutung sind für sie schnelle Verhandlungslösungen im Ukraine-Krieg, um weitere Verwerfungen in ihren Volkswirtschaften abzuwenden und die Gefahr eines atomaren Kriegs zu bannen. Sie sind der Meinung, dass die USA, die NATO und die westlichen Staaten mehrere Gelegenheiten verpasst haben, Verhandlungen mit Russland aufzunehmen oder Verhandlungserfolge auszubauen, wie z.B. in der Türkei im März 2022.

Sie versuchen eine Vorreiterrolle bei der Verhinderung eines atomaren Krieges zu spielen und somit internationale Anerkennung zu erlangen. Durch ihre eigenen Friedensvorschläge streben sie danach, sich als aktive Akteure in die internationalen Beziehungen einzubringen und selbst als verantwortliche und wichtige Gruppe in der globalen Arena wahrgenommen zu werden. Ohne eine prioritäre Bindung an einen der sich herausbildenden Blöcke, auf der einen Seite die USA und ihre Verbündeten und auf der anderen China und Russland, und mit einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation versuchen sie ihre unabhängige Position und ihre Autonomie zu stärken, was unter den Begriff des „Active Non-Alignment“ gefasst wird.

Diese „Active Non-Alignment“-Politik hat Selenskyj mit negativer Konnotation als „Neutralität“ (Andujo 2023a) interpretiert und sie mit der neutralen Position Lateinamerikas im Zweiten Weltkrieg verglichen. Legt

man jedoch die eindeutige Ablehnung von Sanktionen, die zum Westen konträre Antwort auf die Verursacher-Frage und den Wunsch nach schnellen Verhandlungen zugrunde, verbietet sich ein solcher Vergleich. Damals waren die USA noch nicht Hegemon in Lateinamerika, auch wenn ihr außenpolitisches Agieren und ihre militärischen Interventionen unter der Monroe-Doktrin schon imperialistische und neokoloniale Züge trugen. Zwar haben damals einige lateinamerikanischen Staaten Hitlerdeutschland als Gegengewicht zu den USA betrachtet, aber dennoch ist die heutige Situation eine andere. Denn erst nach dem Zweiten Weltkrieg verfestigte sich durch außenwirtschaftliche Abhängigkeit die Rolle Lateinamerikas als Hinterhof der USA; durch die OAS und den TIAR wurde sie politisch und strategisch zementiert. Der imperialistisch-hegemoniale Charakter dieser Beziehungen veränderte die Sicht der lateinamerikanischen Staaten auf die Welt. Sie entwickelten eine große Sensibilität gegenüber einer auf eine unipolare Weltordnung zielende Politik der USA. Von einer multipolaren Welt, in der Russland und China einen gleichberechtigten Platz neben den USA und Europa einnehmen, versprechen sie sich größere Entwicklungschancen und die Stärkung ihrer internationalen Position. Dies läuft auf ein Gleichgewicht der Kräfte hinaus. Weil ein solches Gleichgewicht gefährdet wäre, sind sie nicht an einem Sieg über oder einer Zerschlagung von Russland interessiert. Gleichwohl stört und gefährdet der Krieg dieses Gleichgewicht und muss daher so schnell als möglich beendet werden. Somit ist „Active Non-Alignment“ nicht Neutralität.

Bezogen auf die Imperialismus-Theorie kann das Agieren lateinamerikanischer Staaten im Ukraine-Krieg somit weder durch einen Ansatz, der allein Russland das Label „Imperialismus“ anheftet, noch durch Ansätze „innerimperialistischen Widersprüche“ in einem „imperialistischen Welt-system“ hinreichend erklärt werden. Aber auch Fergusons These, dass „jede Lösung“ in diesem Krieg „von den Interessen der konkurrierenden imperialistischen Mächte diktiert sein“ wird (Ferguson 2022: 22), stellt den Willen und die Macht der lateinamerikanischen Staaten in Frage, ein eigenes Gewicht im Sinne des „Active Non-Alignment“ zu erlangen und ihren Entwicklungsweg unabhängig wählen zu können. Ihre speziellen Erfahrungen mit der Monroe-Doktrin und ihr Gestaltungswillen lässt sich am besten als „kollektive Macht“ nach Giovanni Arrighi & Beverly Silver und David Harvey (Arrighi & Silver 1999: 26ff; Harvey 2005: 43) begreifen. Mit Harvey kann man schlussfolgern, dass Lateinamerika als Gegenpol zur Monroe-Doktrin und zu einem von den USA dominierten Weltsystem eine „Akkumulation kollektiver Macht als einzig solide Basis für Hegemonie innerhalb des globalen Systems“ (Harvey 2005: 43) anstrebt und somit ein

eigenes Gewicht für einen nach dem Völkerrecht gestalteten auf Frieden und Ausgleich beruhenden Multipolarismus erlangt.

Literatur

- Aguirre, Mariano (2023): „Is non-Alignment Possible for Latin America?“ In: *Chatham House*, March 2023, <https://www.chathamhouse.org/2023/03/non-alignment-possible-latin-america>, letzter Aufruf: 9.3.2023.
- „Alberto Fernández cuestionó las sanciones económicas a Rusia: ‚Repercuten muy negativamente en el resto del mundo‘“ (2022a). In: *infobae*, 11.5.2022, <https://www.infobae.com/politica/2022/05/11/alberto-fernandez-cuestiono-las-sanciones-economicas-a-rusia-repercuten-muy-negativamente-en-el-resto-del-mundo/>, letzter Aufruf: 17.11.2022.
- „Alberto Fernández schließt von Deutschland aus Sanktionen gegen Russland aus“ (2022b). In: *DW*, 11.5.2022, <https://www.dw.com/es/alberto-fern%C3%A1ndez-descarta-desde-berl%C3%ADn-sanciones-a-rusia/a-61763817>, letzter Aufruf: 16.5.2022.
- Andujo, Marta (2023a): „Russland und die Ukraine reagieren auf Initiative von Brasilien für ein Ende des Krieges“. In: *amerika21*, 27.2.2023, <https://amerika21.de/2023/02/262888/brasilien-russland-ukraine-diplomatie>, letzter Aufruf: 1.3.2023.
- Andujo, Marta (2023b): López Obrador: USAID finanziert die Opposition in Mexiko. In: *amerika21*, 6.5.2023, <https://amerika21.de/2023/05/263829/usa-id-opposition-mexiko>, letzter Aufruf: 6.5.2023.
- Apr/dpa/AFP (2019): „Bündnisvertrag spricht gegen Nato-Beitritt Brasiliens. Wird die Nato zur Ato?“ In: *DER SPIEGEL (online)*, 20.3.2019, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-buendnisvertrag-spricht-gegen-beitritt-brasiliens-a-1258781.html>, letzter Aufruf: 10.5.2022.
- Arrighi, Giovanni, & Beverly J. Silver (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*. Minneapolis, US-MN.
- „Asesor de Volodímir Zelenski reaccionó al plan de AMLO para pacificar Ucrania: ‚Usan la guerra para sus relaciones públicas‘“ (2022). In: *infobae*, 17.9.2022, <https://www.infobae.com/america/mexico/2022/09/17/asesor-de-zelenski-reacciona-al-plan-amlo-para-pacificar-ucrania-usan-la-guerra-para-sus-relaciones-publicas/>, letzter Aufruf 12.1.2023.
- Atlantic Council of the Americas (2023): *A Conversation with General Laura J. Richardson on Security across the Americas*. 19.1.2023. <https://www.atlanticcouncil.org/event/a-conversation-with-general-laura-j-richardson-on-security-across-the-americas/>, letzter Aufruf: 28.5.2023.
- Balhorn, Loren (2022): „Jeder Krieg ist eine Niederlage“. In: *Jacobin*, 15.4.2022, <https://jacobin.de/artikel/jeder-krieg-ist-eine-niederlage-loren-balhorn-ukraine-krieg-nato-putin-sicherheitspolitik-geopolitik-imperialismus-aufristung-friedensbewegung/>, letzter Aufruf: 10.5.2022.
- Banco Mundial (2023): *América Latina y el Caribe: panorama general*. 7.10.2023, <https://www.bancomundial.org/es/region/lac/overview#:~:text=Como%20respuesta%20a%20la%20COVID,y%20a%20lo%20largo%20del%20a%C3%B1o>, letzter Aufruf: 28.2.2023.
- Barrios, Lucia (2022): „América Latina siguió acercándose a Rusia a pesar de las sanciones“. In: *El País*, 22.12.2022, <https://www.elpais.cr/2022/12/27/america-latina-siguio-acercandose-a-rusia-a-pesar-de-las-sanciones/>, letzter Aufruf: 5.3.2023.
- Biden, Joseph (2022): „Fact Sheet: President Biden and G7 Leaders Formally Launch the Partnership for Global Infrastructure and Investment“. In: *The White House, Statements and Releases*, 26.6.2022, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/06/26/fact-sheet-president-biden-and-g7-leaders-formally-launch-the-partnership-for-global-infrastructure-and-investment/>, letzter Aufruf: 12.8.2022.

- „Bill Aims to Arrest China, Russia Influence in Latin America“ (2022). In: *AP*, 7.2.2022, <https://apnews.com/article/europe-russia-china-arrests-florida-bac8627f64045a307ac87757bc1616a5>, letzter Aufruf: 10.5.2022.
- Brand, Alexander, & Hannah Sofie Schöninger (2021): „Impfdiplomatie als Ausdruck globaler Solidarität? Internationale Kooperation in der Pandemiebekämpfung zwischen Egoismus und Gerechtigkeit“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 164, S. 405-436 (<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i4.03>).
- Brooks, David (2022): „Biden pide juicio para Putin pero EU desconoce a corte encargada“. In: *La Jornada*, 7.4.2022, <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/04/07/mundo/eu-pide-juicio-a-putin-por-crimenes-de-guerra-pero-desconoce-a-la-cpi/>, letzter Aufruf: 27.4.2022.
- Booß, Christian (2023): „Entspannungspolitik“. In: *CfA auf H-Soz-Kult*, 3.3.2023, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-134157>, letzter Aufruf: 4.3.2023.
- Campos Mello, Patricia (2023): „Lula vai apresentar a Biden ideia de ‚clube da paz‘ para Ucrânia com participação da China“. In: *acessa.com*, <https://www.acessa.com/mundo/2023/02/127898-lula-vai-apresentar-a-biden-ideia-de-clube-da-paz-para-ucrania-com-participacao-da-china.html>, letzter Aufruf: 8.2.2023.
- Capote, Raúl Antonio (2023): „US-Militärbasen in Lateinamerika: Washingtons Hauptinteresse liegt in den Bodenschätzen“. In: *amerika21*, 4.3.2023, <https://amerika21.de/blog/2023/03/262950/us-militaer-lateinamerika-rohstoffe>, letzter Aufruf: 30.4.2023.
- Castro, Jorge (2022): „Mirada Global. Rusia se beneficia de las sanciones internacionales“. In: *Clarín*, 1.5.2022, https://www.clarin.com/economia/rusia-beneficia-sanciones-internacionales_0_1sGW9cJXig.html, letzter Aufruf: 10.6.2023.
- CEPAL (2022): *Efectos económicos y financieros en América Latina y el Caribe del conflicto entre la Federación de Rusia y Ucrania*. April 2022, <https://www.cepal.org/es/publicaciones/47831-efectos-economicos-financieros-america-latina-caribe-conflicto-la-federacion>, letzter Aufruf: 8.3.2023.
- „Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise“ (2023). In: *Pressenza*, 26.2.2023, <https://www.pressenza.com/de/2023/02/chinas-position-zur-politischen-beilegung-der-ukraine-krise/>, letzter Aufruf: 1.3.2023.
- Couto, Alvaro, & Marquesan Aurajo: „Aumento das tensões da Guerra na Ucrânia impacta o Brasil“. In: *Brasil 61*, 31.1.2023, <https://brasil61.com/n/aumento-das-tensoes-da-guerra-na-ucrania-seguem-impactando-o-brasil-bras237768>, letzter Aufruf: 28.2.2023.
- Crawford, Alan; Jenni Marsh & Antony Squazzin (2022): „The US-Led Drive to Isolate Russia and China Is Falling Short“. In: *Bloomberg*, 8.8.2022, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-08-05/the-us-led-drive-to-isolate-russia-and-china-is-falling-short>, letzter Aufruf: 10.8.2022.
- Deppe, Frank; Stephan Heidbrink; David Salomon; Stefan Schmalz; Stefan Schoppengerd & Ingar Soltz (2004): *Der neue Imperialismus*. Heilbronn.
- „Die Beziehungen der USA zu Lateinamerika: eine Zeitreise“ (2021). In: *npla*, März 2021, <https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/die-beziehung-der-usa-zu-lateinamerika-eine-zeitreise/>, letzter Aufruf: 23.4.2022.
- „Díaz-Canel Recibió a Viacheslav Volodin, presidente de la Duma Estatal de la Asamblea Federal de la Federación de Rusia“ (2022). In: *Granma*, 23.2.2022, <https://www.granma.cu/cuba/2022-02-23/recibio-diaz-canel-a-viacheslav-volodin-presidente-de-la-duma-estatal-de-la-asamblea-federal-de-la-federacion-de-rusia-23-02-2022-21-02-26>, letzter Aufruf: 24.2.2022.
- „Die Hungerkrise“ (2022). In: *German Foreign Policy*, 29.4.2022, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8906>, letzter Aufruf: 6.6.2022.
- „Diplomáticos expulsados de Occidente irán a AL, África, Asia y la CEI: Lavrov“ (2022). In: *La Jornada*, 18.5.2022, <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/05/18/mundo/diplomaticos-expulsados-de-occidente-iran-a-al-africa-asia-y-la-cei-lavrov/>, letzter Aufruf: 6.6.2022.

- Duch, Juan Pablo (2022): „Putin ofrece armas a sus aliados de AL, Asia y Africa“. In: *La Jornada*, 16.8.2022, <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/08/16/mundo/putin-ofrece-armas-a-sus-aliados-de-al-asia-y-africa/>, letzter Aufruf: 16.8.2022.
- „El embajador ruso dijo que la Argentina es uno de los principales socios de Moscú en América Latina“ (2022) In: *TN*, 25.3.2022, <https://tn.com.ar/politica/2022/03/25/el-embajador-ruso-dijo-que-la-argentina-es-uno-de-los-principales-socios-de-moscu-en-america-latina/>, letzter Aufruf: 27.4.2022.
- Elbaum, Jorge (2023): „Experto argentino: El discurso de Xi Jinping fue recibido con mucha expectativa“. In: *CGTN*, 27.1.2023, <https://espanol.cri.cn/2023/01/27/ARTIPkmfCjfpYbWcfNoKDMEv230127.shtml>, letzter Aufruf: 5.3.2023.
- Engel, Stefan; Gabi Fechtner & Monika Gärtner-Engel (2022): *Der Ukraine-Krieg und die offene Krise des imperialistischen Weltsystems*. Essen.
- Ferguson, Rob (2022): Imperialismus, Krieg und die eurasische Bruchlinie. 23.12.2022, <http://isj.org.uk/eurasische-bruchlinie/>, letzter Aufruf: 6.3.2023.
- „Fuerte crítica del embajador de Ucrania en la ONU a su par argentino por mostrarse con un delegado ruso“. In: *infobae*, 14.4.2022, <https://www.infobae.com/politica/2022/04/14/fuerte-critica-del-embajador-de-ucrania-en-la-onu-a-su-par-argentino-por-mostrarse-con-un-delegado-ruso/>, letzter Aufruf: 29.4.2022.
- Fücks, Ralf (2022): „Die langen Linien des russischen Imperialismus“. In: *Russland verstehen*, 9.6.2022, <https://russlandverstehen.eu/de/russischer-imperialismus-fuecks-vorlesung-unikassel/>, letzter Aufruf: 4.3.2023.
- Gärtner, Peter (2020): „Die Monroe-Doktrin: Totgesagte leben länger. Die Monroe-Doktrin ist seit fast 200 Jahren ein Eckpfeiler der Außenpolitik der USA. In Lateinamerika gilt sie als Wahrzeichen des US-Imperialismus“. In: *amerika21*, 16.4.2020, <https://amerika21.de/analyse/239008/monroe-doktrin-totgesagte-leben-laenger>, letzter Aufruf: 10.6.2022.
- German Foreign Policy (2022): „Global NATO“. In: *German Foreign Policy*, 28.6.2022, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8961>, letzter Aufruf: 1.7.2022.
- Glüsing, Jens (2022): „So reagiert Lateinamerika auf Putins Feldzug“. In: *DER SPIEGEL (online)*, 27.2.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-der-feldzug-von-wladimir-putin-und-wie-lateinamerika-reagiert-a-e35dbb08-826b-4905-ad0f-aeab2f492ed3>, letzter Aufruf: 13.5.2022.
- González Zorrilla, Gabriel (2022): „Der Einfluss Russlands auf Lateinamerika“. In: *DW*, 16.2.2022, <https://www.dw.com/de/der-einfluss-russlands-auf-lateinamerika/a-60792494>, letzter Aufruf: 20.3.2022.
- Grady, John (2023): „Chinese Actions in South America Pose Risks to U.S. Safety, Senior Military Commanders Tell Congress“. In: *USNI-News*, 8.3.2023, <https://news.usni.org/2023/03/08/chinese-actions-in-south-america-pose-risks-to-u-s-safety-senior-military-commanders-tell-congress>, letzter Aufruf: 28.5.2023.
- Guzmán, Vilma (2022): „Mexiko für friedliche Beilegung des Ukraine-Kriegs und eine weltweite Waffenruhe“. In: *amerika21*, 26.8.2022, <https://amerika21.de/2022/08/259736/mexiko-ukraine-krieg-waffenruhe>, letzter Aufruf: 27.8.2022.
- Guzmán, Vilma (2023): Präsident von Argentinien nach dem Treffen mit Scholz. In: *amerika21*, 29.1.2023, <https://amerika21.de/2023/01/262511/argentinien-keine-waffen-fuer-die-ukraine>, letzter Aufruf: 3.2.2023.
- Hahn, Jens (2009): *México y los estados unidos: Guerra y migración. eBook – Las consecuencias de una vecindad complicada*. München, <https://www.dom-buchhandlung.de/shop/item/9783640351497/mexico-y-los-estados-unidos-guerra-y-migracion-von-jens-hahn-e-book-epub#>, letzter Aufruf: 8.3.2023.

- Hassanzadeh, Dara (2023): „Streitpunkt China: Diplomatie im Krieg“. In: *ZDF*, 31.1.2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/brasilien-lula-ukraine-102.html>, letzter Aufruf: 2.3.2023.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg.
- Hermesdorf, Volker (2022a): „Ansteckendes Kriegsgeschrei“. In: *Junge Welt*, 22.2.2022, <https://www.jungewelt.de/artikel/421232.nato-und-usa-in-lateinamerika-ansteckendes-kriegsgeschrei.html?sstr=Lateinamerika>, letzter Aufruf: 27.4.2022.
- Hermesdorf, Volker (2022b): „913 illegale Sanktionen“. In: *Junge Welt*, 27.9.2022, <https://www.jungewelt.de/2022/09-27/index.php>, letzter Aufruf: 27.9.2022.
- Hobson, John (1996): *Der Imperialismus*. Braunschweig.
- Jäger, Thomas (2022): „Die Welt mit Putins Augen sehen: Der dekadente Westen ist auf Krieg nicht eingestellt“. In: *Focus online*, 23.1.2022, https://www.focus.de/politik/ausland/analyse-von-thomas-jaeger-die-welt-mit-putins-augen-sehen-der-dekadente-westen-ist-auf-krieg-nicht-eingestellt_id_41605689.html, letzter Aufruf: 10.9.2022.
- Jiménez, Néstor, & Fabiola Martínez (2022): „AMLO: EU apoya a Ucrania y olvida a Centroamérica“. In: *La Jornada*, 23.3.2022, <https://www.jornada.com.mx/notas/2022/03/23/politica/amlo-eu-apoya-a-ucrania-y-olvida-a-centroamerica/>, letzter Aufruf: 27.4.2022.
- Johnson, Dominic (2023): „Lula blockiert Gepardenfütterung“. In: *taz*, 31.1.2023, <https://taz.de/Deutsche-Panzer-in-der-Ukraine/!5913021/>, letzter Aufruf: 10.5.2023.
- Krämer, Raimund, & Armin Kuhn (2006): *Militär und Politik in Mittel- und Südamerika. Herausforderungen für demokratische Politik*. Berlin.
- KPG – Kommunistische Partei Griechenlands (2022): *Resolution des Zentralkomitees der KKE über den imperialistischen Krieg in der Ukraine*. 9.3.2022, <https://inter.kke.gr/de/articles/resolution-des-zentralkomitees-der-kke-ueber-den-imperialistischen-krieg-in-der-ukraine/>, letzter Aufruf: 22.8.2022.
- „Krieg und Hunger. Ukraine-Krieg: Russlands Überfall und die westlichen Sanktionen führen zu Zunahme von Hunger und Unterernährung weltweit. Hungerrevolten und ihr Umschlag in Aufstände gelten als möglich“ (2022). In: *German Foreign Policy*, 28.3.2022, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8882>, letzter Aufruf: 20.4.2022.
- „La Asamblea General de la ONU aprobó una resolución que exige la ‘retirada inmediata’ de las tropas rusas de Ucrania“ (2023). In: *Infobae*, 23.2.2023, <https://www.infobae.com/america/mundo/2023/02/23/la-asamblea-general-de-la-onu-aprobo-la-retirada-inmediata-de-las-tropas-rusas-de-ucrania/>, letzter Aufruf: 26.2.2023.
- „La invasión rusa podría ser un problema para la industria láctea en Uruguay“ (2022). In: *infobae*, 4.3.2022, <https://www.infobae.com/america/america-latina/2022/03/04/la-invasion-rusa-podria-ser-un-problema-para-la-industria-lactea-en-uruguay/>, letzter Aufruf: 5.3.2022.
- „Lawrow: EEUU ataca a cualquier nación con una política independiente“ (2022). In: *Prensa Latina*, 14.5.2022, <https://www.prensa-latina.cu/2022/05/14/lavrov-eeuu-ataca-a-cualquier-nacion-con-una-politica-independiente>, letzter Aufruf: 6.6.2022.
- Leitner, Christine (2022): „Die ‚Putinverstehers‘: Wer jetzt noch zu Russland hält und warum“. In: *Stern*, 3.3.2022, <https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-krieg--wer-jetzt-trotzdem-noch-zu-putin-haelt-und-warum-31671000.html>, letzter Aufruf: 13.5.2022.
- Lejtman, Roman (2022a): „Alberto Fernández se mantiene en silencio ante la invasión de Putin a Ucrania y entra en riesgo la negociación con el FMI“. In: *infobae*, 22.2.2022, <https://www.infobae.com/politica/2022/02/22/alberto-fernandez-se-mantiene-en-silencio-ante-la-invasion-de-putin-a-ucrania-y-entra-en-riesgo-la-negociacion-con-el-fmi/>, letzter Aufruf: 22.2.2022.
- Lejtman, Roman (2022b): „Reunión del G7: Alberto Fernández llegó a Munich para fijar posición sobre la guerra en Ucrania y proponer a América Latina como aliada clave de Europa“. In: *infobae*, 26.7.2023, <https://www.infobae.com/politica/2022/06/26/>

- reunion-del-g7-alberto-fernandez-llego-a-munich-para-fijar-posicion-sobre-la-guerra-en-ucrania-y-proponer-a-america-latina-como-aliada-clave-de-europa/, letzter Aufruf: 16.2.2023.
- Lemoine, Joseph, & Yomna Gaafar (2022): „There’s More to China’s New Global Development Initiative than Meets the Eye“. In: *Atlantic Council*, 18.8.2022, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/theres-more-to-chinas-new-global-development-initiative-than-meets-the-eye/>, letzter Aufruf: 4.3.2023.
- Lenin, Wladimir Illjitsch (1917 [1962]): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss*. Berlin (DDR).
- Lozancic, Mario (2012): *Die Monroe-Doktrin – US-Außenpolitik bis 1917. War die Monroe-Doktrin ein Leitfaden zum Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht?* Ingolstadt.
- „Lula dice a Biden, que es necesario ‘poner fin’ a la guerra en Ucrania“ (2023a). In: *DW*, 11.2.2023, <https://www.dw.com/es/lula-dice-a-biden-que-es-necesario-poner-fin-a-la-guerra-en-ucrania/a-64672053>, letzter Aufruf: 14.2.2023.
- „Lula se pone de perfil ante la guerra de Ucrania: ‘Si uno no quiere, dos no pelean’“ (2023b). In: *efe*, 31.1.2023, https://www.eldebate.com/internacional/20230131/lula-pone-perfil-guerra-ucrania-no-quiere-dos-no-pelean_89947.html, letzter Aufruf: 28.2.2023.
- „Lula conversó con Zelensky y reafirmó su decisión de trabajar por la paz en Ucrania“ (2023c). In: *infobae*, 2.3.2023, <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/03/02/lula-converso-con-zelensky-y-reafirmo-su-decision-de-trabajar-por-la-paz/>, letzter Aufruf: 3.3.2023.
- Maass, Matthias (2009): „Catalyst for the Roosevelt Corollary: Arbitrating the 1902-1903 Venezuela Crisis and Its Impact on the Development of the Roosevelt Corollary to the Monroe Doctrine“. In: *Diplomacy & Statecraft*, Bd. 20, Nr. 3, S. 383-402 (<https://doi.org/10.1080/09592290903293738>).
- Maihold, Günther (2022): „Amerika-Gipfel mit hemisphärischen Divergenzen. Warum Lateinamerika auf Unabhängigkeit setzt und was das für Europa bedeutet“. In: *SWP-Aktuell* 2022, Nr. 42. Berlin, 7.7.2022, <https://www.swp-berlin.org/publikation/amerika-gipfel-mit-hemisphaerischen-divergenzen>, letzter Aufruf: 12.9.2022.
- Männer, Alexander (2023): „BRICS und MERCOSUR: Brasiliens Staatschef Lula für Abkehr vom Dollar“. In: *EuroBrics*, 26.1.2023, <http://eurobrics.de/?module=articles&action=view&id=2157>, letzter Aufruf: 4.3.2023.
- „Massive Schäden am Energiesystem“ (2023). In: *taz*, 11.2.2023, <https://taz.de/-Nachrichten-im-Ukraine-Krieg-/!5915086/>, letzter Aufruf: 22.5.2023.
- May, Ernest R. (1992): *The Making of the Monroe Doctrine*. Cambridge, US-MA.
- Meneses, Carlo (2022): „Brasil refuerza su comercio con Rusia pese a la guerra en Ucrania y las sanciones de Occidente“. In: *El Clarin*, 16.7.2022, https://www.clarin.com/mundo/brasil-refuerza-comercio-rusia-pese-guerra-ucrania-sanciones-occidente_0_neizpxRb7a.html, letzter Aufruf: 6.3.2023.
- Mugica Diaz, Joaquín (2022): „Alberto Fernández finalizó su gira por Europa, pidió a los líderes que visitó unirse para frenar la guerra y jugó su carta en la interna del Gobierno“. In: *infobae*, 14.5.2022, <https://www.infobae.com/politica/2022/05/14/alberto-fernandez-finalizo-su-gira-por-europa-en-la-que-jugo-su-carta-en-la-interna-del-fdt-la-estrategia-de-viaje-que-no-salio-y-los-mensajes-al-kirchnerismo/>, letzter Aufruf: 14.5.2022.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin.
- Neuber, Harald (2019): „USA kehren nun auch offiziell zur Monroe-Doktrin zurück“. In: *Telepolis*, 24.4.2019, <https://www.heise.de/tp/features/USA-kehren-nun-auch-offiziell-zur-Monroe-Doktrin-zurueck-4405302.html>, letzter Aufruf: 26.4.2022.

- „OAS Resolution Condemns Russia's Continued War Against Ukraine“ (2022), 25.3.2022, <https://usoas.usmission.gov/oas-resolution-condemns-russias-continued-war-against-ukraine/>, letzter Aufruf: 20.8.2022.
- „Parlamentarios europeos criticaron el discurso de Cristina Kirchner: Bochornoso espectáculo“ (2022). In: *infobae*, 14.4.2022, <https://www.infobae.com/politica/2022/04/13/parlamentarios-europeos-conservadores-criticaron-el-discurso-de-cristina-kirchner-bochornoso-espectaculo/>, letzter Aufruf: 29.4.2022.
- Paz, Juan J.; Cepeda Miño & Braulio Carbajal (2022): „China und Russland. Bedrohung für Lateinamerika?“ In: *amerika21*, 1.12.2022, <https://amerika21.de/analyse/261348/china-russland-lateinamerika>, letzter Aufruf: 6.3.2023.
- Pedroso Cuesta, Pedro Luis (2022): *Rede des Botschafters Pedro Luis Pedroso Cuesta, ständiger Vertreter Kubas bei den Vereinten Nationen, auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung zur Lage in der Ukraine*. New York, US-NY, 1. März 2022, <https://cubaminrex.cu/es/rede-des-botschafters-pedro-luis-pedroso-cuesta-standiger-vertreter-kubas-bei-den-vereinten>, letzter Aufruf: 20.6.2022.
- Pinheiro, João (2023): „China-Reise könnte Brasilien teuer zu stehen kommen“. In: *agência latinapress*, 23.3.2023, <https://latina-press.com/news/310255-china-reise-koennte-brasilien-teuer-zu-stehen-kommen/>, letzter Aufruf: 24.5.2023
- „Polémicas declaraciones de Lula da Silva: dijo que Zelensky 'es tan culpable como Putin' por la invasión a Ucrania“ (2022). In: *infobae*, 4.5.2022, <https://www.infobae.com/america/mundo/2022/05/04/lula-da-silva-dijo-que-zelensky-es-tan-culpable-como-putin-por-la-invasion-a-ucrania/>, letzter Aufruf: 4.5.2022.
- Polychroniou, C.J. (2023): „Armas de EU alimentan el conflicto en Ucrania: Chomsky“. In: *Jornada*, 1.3.2023, <https://www.jornada.com.mx/notas/2023/01/03/chomsky/armas-de-eu-alimentan-el-conflicto-en-ucrania-chomsky/?from=homeonline&block=chomsky&opt=articlelink>, letzter Aufruf: 6.3.2023.
- Reina, Elena (2022): „López Obrador arremete contra el Parlamento Europeo: Ya no somos colonia de nadie“. In: *El País*, 11.3.2022, <https://elpais.com/mexico/2022-03-11/lopez-obrador-arremete-contra-el-parlamento-europeo-ya-no-somos-colonia-de-nadie.html>, letzter Aufruf: 4.5.2022.
- Res. VI der OAS (1962): „Exclusion of the Present Government of Cuba from Participation in the Inter-American-System“. In: *Eighths Meeting of Consultation of Ministers of Foreign Affairs*, S. 12-14. Punta del Este, Uruguay, January-13-1962, <http://www.oas.org/consejo/meetings%20OF%20consultation/actas/acta%208.pdf>, letzter Aufruf: 10.6.2022.
- Richardson, Laura (2022): *Statement of General Laura Richardson Commander, United States Southern Command before the 11th Congress Senate committee on armed Services*. Washington, 24.3.2022, <https://www.armed-services.senate.gov/imo/media/doc/SOUTHCOM%20SASC%20Posture%20Final%202022.pdf>, letzter Aufruf: 8.3.2023.
- Schumpeter, Joseph (1919): *Zur Soziologie der Imperialismen*. Princeton, US-NJ: Archiv für Sozialwissenschaft, Band 46, Ausgabe 1.
- SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (2022): *Zum Krieg in der Ukraine. Offizielle Stellungnahme der SDAJ*. 25.2.2022, https://www.sdaj.org/2022/02/25/zum-krieg-in-der-ukraine/?fbclid=IwAR2pn8UZoh_8Js0tH17pU2gOt2ijCFHRnOfP1viJxqAkqgWjcGBvmvD_s, letzter Aufruf: 10.6.2022.
- Serrichio, Sergio (2022): „Odisea 2022: las exportaciones argentinas más afectadas por la invasión rusa y la guerra en Ucrania“. In: *infobae*, 15.5.2022, <https://www.infobae.com/economia/2022/05/15/odisea-2022-las-exportaciones-argentinas-mas-afectadas-por-la-invasion-rusa-y-la-guerra-en-ucrania/>, letzter Aufruf: 10.6.2022.
- Shifter, Michael, & Bruno Binetti (2022): „A Policy For a Post-American Latin America. How Washington Can Reset Relations With a Region That Needs It Less?“ In: *Foreign Affairs*,

- 3.6.2022, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2022-06-03/policy-post-american-latin-america>, letzter Aufruf: 12.9.2022.
- Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin.
- Stuenkel, Oliver (2022): „How Biden Can Get the Summit of the Americas Right“. In: *Americas Quarterly*, 17.2.2022, <https://americasquarterly.org/article/how-biden-can-get-the-summit-of-the-americas-right/>, letzter Aufruf: 11.6.2022.
- Sulzbach, Walter (1959): *Imperialismus und Nationalbewusstsein*. Frankfurt a.M.
- UN – United Nations (2022): *General Assembly Overwhelmingly Adopts Resolution Demanding Russian Federation Immediately Illegal Use of Force in Ukraine, Withdraw All Troops*. GA/12407. 2.3.2022, <https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm>, letzter Aufruf: 12.9.2022.
- UN – United Nations (2023): *Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen*. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 23.2.2023, <https://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ares-es-11-6.pdf>, letzter Aufruf: 1.6.2023.
- Weber, Hans (2023): „US-Militär warnt vor ‚unerbittlichem Vormarsch‘ Chinas in Lateinamerika“. In: *amerika21*, 10.3.2023, <https://amerika21.de/2023/03/263060/us-militaer-warnt-vor-china-lateinamer>, letzter Aufruf: 24.5.2023.
- Wisotzky, Fabian (2022): „Zurück zum russischen Imperium“. Vortrag bei der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin, 2.3.2022, <https://www.rosalux.de/news/id/46055>, letzter Aufruf: 12.9.2022.
- Wilson, Larman C., & David W. Dent (1995): „The United States and the OAS“. In: Dent, David W. (Hg.): *U.S.-Latin American Policymaking: A Reference Handbook*. Westport, US-CT, S. 24-44.
- Wolodin, Wjatscheslaw (2022): „Friedensstiftende Operation“. In: *Kleine Zeitung*, 25.2.2022, https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/6103982/Russland-greift-Ukraine-an_DumaChef-Wolodin_Friedensstiftende, letzter Aufruf: 26.2.2022.
- Zimmermann, Philipp (2022): „Reaktionen aus Lateinamerika zum Ukraine-Krieg“. In: *amerika21*, 25.3.2022, <https://amerika21.de/2022/03/257027/reaktionen-aus-lateinamerika-zum-ukraine>, letzter Aufruf: 4.4.2022.

Anschrift der Autorin:

Raina Zimmering

raina.zimmering@googlemail.com

Dieser Beitrag wurde im „double-blind peer-review“-Verfahren begutachtet.